

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 10/2009

19. November 2009

Der Nationalrat ist diese Woche zur vorletzten Plenarwoche im Jahr 2009 zusammengetreten. Hier ein Überblick über die wichtigsten Beschlüsse.

Flächendeckende Post-Versorgung auch weiterhin gewährleistet

Das neue Postmarktgesetz sichert die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen auch für die Zukunft weiter ab. Laut Gesetz muss die Post 1.650 Geschäftsstellen betreiben, wobei das Postämter oder Postpartner sein können. Derzeit gibt es rund 1.500 Geschäftsstellen. Die Post AG bleibt als Universaldienst-Anbieter tätig und übernimmt in dieser Funktion weiterhin jene Aufgaben, die kommerzielle Anbieter nicht erledigen wollen. Damit Post AG und private Anbieter nach gleichen Spielregeln arbeiten können, müssen deren Mitarbeiter nach einem Kollektivvertrag entlohnt werden, um Lohndumping zu verhindern. Außerdem legt das Gesetz fest, dass Hausbriefanlagen für alle Dienstleister zugänglich gemacht werden und bestehende Anlagen bis Ende 2012 umgerüstet sein müssen. Alle diese Regelungen sind im Zusammenhang mit der europaweiten Liberalisierung des Postmarktes zu sehen. In diesem Rahmen fällt Anfang 2011 auch das letzte Monopol für die Post AG, nämlich die Zustellung von adressierten Briefsendungen bis 50 Gramm.

Nächste Volkszählung in zwei Jahren

Für 2011 hat der Nationalrat die erste Volkszählung terminisiert, die nicht mehr auf Fragebögen, sondern auf der Auswertung bestehender Datensammlungen (Register) beruhen wird. Gemeinsam mit der Volkszählung werden Arbeitsstätten-, Gebäude- und Wohnungszählungen durchgeführt. Ist ein Hauptwohnsitz umstritten, so haben Gemeinden die Möglichkeit, Einwendungen gegen die Festlegung der Statistik Österreich vorzunehmen. Die Letztentscheidung obliegt aber weiter der Bundesanstalt.

Für ausführlichere Kennzeichnung von Lebensmitteln

Eine einstimmig verabschiedete EntschlieÙung zielt auf mehr Lebensmittelqualität ab. Der Nationalrat fordert darin eine Positiv-Kennzeichnungsregelung des Angebots in gastronomischen Betrieben, klare Regelungen für Gütezeichen von Lebensmitteln und eine EU-weite Verpflichtung, zumindest bei unverarbeiteten Produkten die Herkunft verpflichtend anzugeben. Außerdem soll durch europäische und nationale Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass Lebensmittelimitate oder "Schummelprodukte" besser von den Konsumenten erkannt werden können.

Erfolg für Österreich als Vorsitzland im UN-Sicherheitsrat

In der Debatte des Außenpolitischen Berichts habe ich hervorgestrichen, dass es Österreich als derzeitigem Vorsitzland im UN-Sicherheitsrat gelungen ist, Einstimmigkeit für eine Resolution zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten zu finden. Abschreckende Beispiele aus Sri Lanka, dem Kongo oder Ex-Jugoslawien zeigen, dass der Zivilbevölkerung oft großes Leid zugefügt wird. Mit internationalen Maßnahmen soll die Achtung der Menschenrechte besser gewahrt werden.

Religionsfreiheit und Menschenrechte sind schützenswerte Güter

Zu den Menschenrechten gehört auch die Wahrung der Religionsfreiheit. Auf Initiative der ÖVP hat der Nationalrat eine EntschlieÙung verabschiedet, in der die Rechte der christlichen Minderheit in der

Türkei unterstützt werden. Außerdem haben wir die Regierung aufgefordert, sich für die Rechte von Menschenrechtsverteidigern in allen Teilen der Welt einzusetzen.

Doping ist kein Kavaliersdelikt

Die Anti-Doping-Bestimmungen im Sport werden weiter verschärft. Unter anderem werden gedopte Sportler und ihr Betreuungspersonal lebenslänglich von der Bundessportförderung ausgeschlossen. Zudem gilt für Sportler, die nach ihrem (vorläufigen) Karriereende aufgrund einer Dopingsperre später ihr Comeback ankündigen, eine einjährige Sperrfrist zur Wiederintegration in den Dopingtestpool. Für den Dezember geplant ist ein Beschluss des Nationalrats, Doping als Betrugsdelikt auch im Strafrecht zu verankern.

Sonnenstudios sollen nur noch von Erwachsenen benützt werden dürfen

Alle fünf Parteien haben gemeinsam die Regierung aufgefordert, die Nutzung von Solarien für Kinder und Jugendliche zu verbieten. UV-Bestrahlung, wie sie in Sonnenstudios angeboten wird, kann - wie Studien belegen - gerade für junge Menschen das Risiko von Hautkrebs in späteren Jahren erhöhen.

Atomenergie ist kein Ausweg aus dem Klimawandel

Österreich soll sich bei der UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen dafür einsetzen, dass Atomenergie keinesfalls als Klimaschutzmaßnahme angerechnet werden darf. Diese Festlegung haben alle fünf Parlamentsparteien gemeinsam getroffen.

Feuerwerkskörper in Fußballstadien künftig verboten

Mehr Sicherheit soll es in Österreichs Fußballstadien geben. Feuerwerkskörper, bengalische Feuer und andere pyrotechnische Gegenstände dürfen künftig nicht mehr in Stadien und zu anderen Sportveranstaltungen mitgenommen werden - im Interesse des gesamten Publikums. Wer dennoch im oder vor dem Stadion Feuerwerkskörper zündet, muss mit einer Strafe von bis zu 4.000 Euro rechnen.

Meine nächsten Sprechtage

Freitag, 27. November 10.30 - 11.30 Uhr **Oberwart**, ÖVP-Bezirksbüro, Bahnhofstraße 1

Freitag, 4. Dezember 10.30 - 11.30 Uhr **Horitschon**, Gasthaus Trummer, Bahnstraße 9

Voranmeldungen für die Sprechstunden sind über das jeweilige ÖVP-Bezirksbüro jederzeit möglich.

Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an jedem Werktag möglich.

Mit den besten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser

Abgeordneter zum Nationalrat